

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.95 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4508 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Immer neue Rapp-Rüstungen in Pommern.

Die pommerische Bende.

Wie die Kappisten — bejodert werden!

Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf den Gütern der pommerischen Junker befinden sich der Freiheit zufolge zur Zeit etwa 4000 Kallikumer. Ihre Zahl wächst jedoch von Tag zu Tag. Auch die Reichswehr in Pommern arbeitet offen auf einen neuen Umsturz hin. Von den Verbrechern, die an dem Rapp-Putsch beteiligt waren, ist nicht einer verhaftet worden. Generalmajor Weber, der erst in Schwerin dafür sorgte, daß die in Schutzhaft befindlichen Verführer der Hamburger Garnison auf freien Fuß gesetzt wurden, ist zum Dank für diese Verdienste als Kommandeur des Reichswehrkommandos II nach Weiden veretzt worden. Er hat sich dafür eingesetzt, daß der Major von Kammerlein, der die Greifswalder Zeitschriften organisierte, am dem Rapp-Putsch in Pommern eine militärische Sicherung zu verschaffen, zum Chef seines Stabes herufen und zum Oberleutnant befördert wurde. Der bisherige Chef des Stabes aber, Major von Falkenhäuser, der sich ebenfalls um die Rappregierung große Verdienste erworben hat, wurde zur Belohnung ins Reichswehrministerium veretzt.

Die Freiheit veröffentlicht gleichzeitig mehrere Inserate aus pommerischen Blättern, die beweisen, wie immer noch neue Truppen von den Putschisten angeworben werden. In einigen Inseraten des freiwilligen Jägerkorps II wird gebeten Unteroffiziere und Mannschaften außer mobiler Wohnung, Kleidung und Verpflegung noch einer Zulage von täglich 14 Mk. in Aussicht gestellt. In einem Inserat der Widmarkjäger werden Zeitsfreiwillige gesucht, die sich auf vierzehn Tage bis vier Wochen verpflichten. Demnach müßte es den Ansehern haben, als ob die pommerischen Reaktionen darauf rechnen, daß der neue Putsch schon in aller nächster Zeit vor sich gehen kann.

Auflösung der Einwohnerwehren in Preußen

Das preussische Ministerium des Innern verbreitet folgende Mitteilung: Die Waffendepots der Einwohnerwehren im Landespolizeibezirk Berlin sind nach Anweisung des Polizeipräsidenten von Berlin in Verwahrung der Sicherheitspolizei zu nehmen. Die Zentrale für Einwohnerwehren hat keinerlei Anordnungen mehr zu erlassen. Sie gilt als aufgelöst. Dem Minister des Innern ist die Abwicklung der Zentrale für Einwohnerwehren unterstellt. Sie hat den Abzug mit größter Beschleunigung durchzuführen.

Dazu bemerkt die Freiheit: Es wird peinlichst darauf zu wachen sein, daß der Erlaß des Ministeriums des Innern mit aller Schärfe befolgt wird. Es besteht der dringende Verdacht, daß von Angehörigen der Einwohnerwehren Waffen verschoben werden, um sie im gegebenen Falle wieder zur Hand zu haben. Es besteht auch weiter der Verdacht, daß bei der starken Interessengemeinschaft, die einen Teil der Sicherheitswehroffiziere mit führenden Elementen der Einwohnerwehren verbindet, bei der Entwaffnung der Einwohnerwehren nicht allzuviel Eifer entwickelt wird.

Rapp in Sicherheit.

Stockholm, 19. April. (L. V.) Eine juristische Autorität erklärt dem Korrespondenten des Berliner Tageblattes, daß nach schwedischem Gesetz Rapp nicht als Geflüchteter werde, weil für politische Verbrechen Asylrecht besteht.

Die Entente fordert Deutschlands Abrüstung.

Paris, 17. April. (L. V.) Im Laufe der Besprechungen, die Millerand mit Lord Derby gestern hatte, hat der englische Botschafter vorgeschlagen, daß den alliierten Vertretern in Berlin gleichlautende Instruktionen zugesandt werden sollen, um der deutschen Regierung formell bekanntzugeben 1., daß man von Deutschland die genaue Durchführung des Versailler Friedensvertrags und hauptsächlich der Vereinbarungen, die auf die Vernichtung der Armee und des Kriegsmaterials sich beziehen, erwartet, 2. daß die Mächte weder die Herrschaft des militärischen Regimes, noch eine bolschewistische Revolution dulden und 3. daß die Besprechungen, die die Mächte Deutschlands für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau gegeben haben, die Bewilligung von internationalen Krediten und die Lieferung von Rohstoffen von den vorgenannten Bedingungen abhängig bleiben.

Paris, 17. April. Ministerpräsident Millerand erklärte dem Pariser Korrespondenten der Daily News, ohne die Entwaffnung Deutschlands sei der Weltfrieden unmöglich. Es sei das Interesse aller Mächte, Deutschland bei

anzusehen bei der Wiederordnung seiner Finanzen und für die Wiederaufnahme seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Millerand erklärte auch eine Anerkennung der Sowjets für unmöglich.

Die Entente verbietet die Ausfuhr deutscher Kohle

Haag, 17. April. (B. L. V.) Der Nieuwe Courant meldet aus London: Die Entente hat auf Ersuchen Frankreichs Deutschland untersagt, Steinkohlen nach dem Auslande zu liefern, solange nicht die verabredete Menge an Frankreich geliefert ist.

Protest französischer Arbeiter gegen die Befehung des Maingaus.

Paris, 18. April. Wie das Gewerkschaftsblatt Bataille mitteilt, erklärt der allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) zugunsten der Matseier einen Appell an alle Arbeiter. Man seiere am 1. Mai, heißt es in dem Manifest, für die sofortige Nationalisierung der öffentlichen Dienste und der Eisenbahnen, für eine umfassende Amnestie, für das gewerkschaftliche Recht der Beamten und für die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland.

Der Allgemeine Arbeiterverband veröffentlicht in der Bataille ferner einen Protest gegen die Befehung der Städte im Maingau durch französische Truppen, gegen koloniale Expeditionen, wie beispielsweise nach Syrien, und für die sofortige Entlassung der Jahresklasse 1918, um der Welt zu beweisen, daß Frankreich den Frieden wolle. Es wird in dem Manifest ferner für Abbruch in sämtlichen Ländern eingetreten.

Beginnender Rückzug der Franzosen.

Berlin, 19. April. Laut einer Meldung der Botschaftlichen Zeitung mehren sich die Anzeichen dafür, daß mit dem Abmarsch der über die erlaubte Zahl hinaus im Ruhrrevier befindlichen Reichswehr die Franzosen den neuen Brückenkopf Mainz allmählich räumen. Es haben bereits französische Truppen die Befestigungsstelle Büllich Frankfurt verlassen. Offenbach und Mühlheim seien bereits ohne jede fremde Besatzung.

Kampf zwischen Russen und Japanern in Sibirien.

London, 19. April. (L. V.) Ein heftiger Kampf hat am letzten Montag in der Stadt Chabarowsk zwischen Russen und Japanern stattgefunden, wobei 400 Russen und 207 Japaner getötet oder verwundet wurden. 1800 Russen wurden gefangen genommen. Die Mehrzahl der Russen zog sich nach dem Kampf zurück.

England droht Sowjet-Rußland?

Paris, 19. April. (B. L. V.) Die Temps meldet, wird die Sowjetregierung durch die britische Regierung aufgefordert werden, Waffenstillstandsverhandlungen anzubahnen, die auch eine Amnestie für die Freiwilligenarmee, die heute noch die Krim verteidigt, enthalten müssen, wenn die Bolschewisten sich weigern sollten, auf dieses Angebot einzugehen, stehe ihnen blutiger Kampf bevor.

Bezirksstag der U. S. P. Halle-Merseburg.

19. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern fand in Halle ein Bezirksparteitag der U. S. P. Halle-Merseburg statt, in dem neben geschäftlichen Dingen auch der Genosse Kühn über die politische Lage referierte. In der bevorstehenden Reichstagswahl wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Fritz Kunert, Berlin, Wilhelm Kühn, Halle, Bernhard Düwelle, Berlin, Gustav Raute, Eisenburg, Marie Wadwig, Welschensfelde, Paul Saupc-Zeib, Julius Silberbrandt, Halle, Otto König, Halle, Anna Silber-Schmidt, Paul Krebs, Halle, Hedwig Krüger, Halle. Für die Reichstagswahl wurden einstimmig die Genossen Kurt Werner, Leipzig und Bräutigam, Frankfurt vorgeschlagen.

Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Bezirksparteitag der U. S. P. für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg setzt es als selbstverständlich von seinen parlamentarischen Vertretern voraus, daß sie sich nur als Beauftragte der Partei äußern, daß sie also bei Differenzen irgendwelcher Art auf Beschluß des Bezirksparteitag jederzeit ihr Mandat niederzulegen verpflichtet sind.“

Die Kandidaten verpflichteten sich schriftlich, nach diesem Beschluß zu verfahren.

Der kleine Ausnahmezustand.

W. O. Die Erbschaft des Herrn Noske, die der Reichswehrminister Gehler angetreten hat, ist wahrlich keine beneidenswerte. Er übernimmt ein System, das dank der Noskeschen Unfähigkeit bis in die kleinsten einzelnen Organisationen hinein monarchistisch und reaktionär verfaßt ist. Das bisherige Auftreten des neuen Reichswehrministers, vor allem seine letzte Rede in der Nationalversammlung hat bisher — abgesehen von der offenbar schnell bereuerten politischen Entgleisung, die er sich gegen den Genossen Braß zuschulden kommen ließ — den Eindruck hervorgerufen, als er zum mindesten mit mehr ehrlichem Willen an die Säuberungsarbeit herangeht, als Noske es je getan hat. Ist also das Vertrauen der Parteien in seinen guten Willen ziemlich klar, so ist doch das Mißtrauen, das gerade wir und auch ein großer Teil der Rechtssozialisten in die Möglichkeit der Erfüllung seiner Aufgabe hegen, weit größer. Wenn der Reichswehrminister die Absicht hätte, den ganzen Organisationsapparat der Reichswehr neu nach den Grundsätzen aufzubauen, die unsre Partei immer und immer wieder für die Neuorganisation der republikanischen Wehrmacht gefordert hat, so wäre sein guter Wille eine Garantie für die Durchführung der Absicht. Da aber die Dinge so liegen, daß der Reichswehrminister nur eine Umgestaltung, nur eine Säuberung der alten bestehenden Reichswehr beabsichtigt, so kann man schon heute sagen, daß er an dieser Aufgabe trotz seines guten Willens ebenso scheitern wird wie Noske. Trotzdem bleibt es unsre Pflicht, ihn bei der Durchführung der Säuberungsaktion und bei der Reformierung der Reichswehr aufs energischste zu unterstützen, und unser Fraktionsredner, der Genosse Braß, hat ja in der Nationalversammlung deutlich zu verstehen gegeben, daß auch unsre Partei die zum großen Teil verführte Masse der Reichswehr nicht für die Schandtaten verantwortlich macht, die die Reichswehr auf Befehl ihrer reaktionären Offiziere begeht. Er hat weiter klar und deutlich ausgesprochen, daß, wenn es gelingt, diese reaktionären Führer restlos aus der Reichswehr zu beseitigen, ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehr und Proletariat durchaus in der Reichswehr die Möglichkeit liegt.

Es fragt sich also, was ist bisher geschehen, um die Säuberung der Reichswehr energisch durchzuführen. Der Reichswehrminister hat von vornherein seine Aufgabe als besonders schwierig gekennzeichnet, indem er darauf hinwies, daß er keinen zuverlässigen Nachrichtenapparat zur Verfügung hat. Alle Meldungen über irgendwelche Rapp-Verführungen, und Teilnahme von Offizieren am Rapp-Putsch werden ihm erst aus den Zeitungen bekannt. Als Nachprüfung bleibt ihm eine Rückfrage bei den militärischen Organisationen übrig. Das heißt, er muß bei den Beschuldigten selber anfragen, ob sie ihre Schuld eingestehen wollen. Der Wert solcher Informationen ist ohne weiteres klar. Der Reichswehrminister hat sich deshalb bereits hilfe suchend an die zivilen Instanzen — nämlich an die Oberpräsidenten — wenden müssen. Hier taucht nun das schwierige Problem auf, daß das Reich keinen Polizeiapparat besitzt. Der Polizeiapparat ist in den Händen der Bundesstaaten. Das Ministerium des Innern ist in Preußen gleichzeitig das Polizeiministerium, dem der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung angehört. Da das Reichswehrministerium eine Reichsbehörde ist und die Regelung seiner Reichswehrangelegenheiten selbstverständlich einheitlich über das ganze Reich vorzunehmen muß, so bedarf der Reichswehrminister als Ersatz seines militärischen Nachrichtenapparats eines über das ganze Reich gehenden Zivilnachrichtendienstes, um rechtzeitig durch die Zivildienststellen über die Nachrichten der verdächtigen Offiziere informiert werden zu können. Soweit wir richtig informiert sind, ist diese Erkenntnis allmählich auch bei der Reichsregierung selber durchgedrungen und der Plan einer über das ganze Reich ausgebreiteten Polizeiorganisation und der Angliederung dieser Organisation an das Reichsministerium des Innern, das bisher im Gegensatz zum preussischen nicht gleichzeitig Polizeiministerium ist, steht innerhalb der Regierung zur Zeit ernsthaft zur Diskussion. Die Lösung dieser Frage ist nicht einfach, sondern stößt auf große Schwierigkeiten, da sich hier zum erstenmal der große Nachteil zeigt, daß das Reich überhaupt keinen eigenen Verwaltungsapparat besitzt, abgesehen von der militärischen Organisation, von der Post und der jetzt neu aufgebauten Steuerorganisation. Die Schaffung eines Reichsapparats für den zivilen Verwaltungsdienst stößt also auf Schwierigkeiten innerhalb der Verfassung. Das bundesstaatliche Problem, das Problem